

Mitarbeiterinnen- Und Mitarbeiter-Magazin
des Gesamtpersonalrats für das Land und die Stadtgemeinde Bremen

Soziale Spaltung



**Prof. Dr. Rudolf Hickel: Wirtschaftsflaute,
Euro, Schuldenbremsen: Was tun?**

Seite 3

UMfairTEILEN - Reichtum besteuern!

Seite 15



Einmal ausspannen von der Arbeit...

liebe Kolleginnen und Kollegen, ich hoffe, das konntet ihr genießen in den Ferien oder freut euch noch darauf.

Unsere **MUMM** kommt daher mit dem Schwerpunktthema soziale Spaltung. Es ist einfach nicht gerecht, dass die Vermögen und Einkommen der Reichen immer weiter anwachsen, während die Beschäftigten, die Arbeitslosen, die RentnerInnen und PensionärInnen immer weiter zur Kasse gebeten werden. Nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Eurozone, ob in Griechenland, Spanien oder Italien. Die "kleinen Leute" bezahlen für die Krise. Gleichzeitig bringen die Vermögenden ihre Vermögenswerte ins Trockene und vermehren sie ohne Ende. Es gibt aber einen Ausweg aus der Krise: **UMFAIRTEILEN** - Reichtum besteuern und Steuerschlupflöcher stopfen - das ist sozial gerecht und solidarisch.

Viele andere spannende Artikel in der **MUMM** informieren über Neues und Bemerkenswertes aus dem bremischen öffentlichen Dienst.

Viel Spaß beim Lesen!

Herzliche Grüße
Doris Hülsmeier

MUMM

(01.10.2012)

Herausgeber:

Gesamtpersonalrat für das Land und die Stadtgemeinde Bremen
Knochenhauerstr. 20/25,
28195 Bremen

Presserechtl. verantwortlich:

Doris Hülsmeier,
Vorsitzende des Gesamtpersonalrats

Redaktionsteam:

Saskia Coenraats
Harry Eisenach
Elke Kosmal-Vöge
Hajo Kuckero
Bernd Krause
Burckhard Radtke
Brigitte Schüller
Burkhard Winsemann
Nicoletta Witt

Kontakt:

Telefon: 361-2215
Telefax: 496-2215
E-Mail: mumm@gpr.bremen.de

Fotos:

Bernd Hillmann, Rudolf Hickel, die Redaktion

Druck:

Druckerei Senatorin für Finanzen

Die nächste Ausgabe von **MUMM** erscheint Anfang Februar 2013
Redaktionsschluss ist der 15. Januar 2013

Inhalt

Wirtschaftsflaute, Euro, Schuldenbremsen..... 3

Sozial gerecht?..... 5

take five... 6

Sucht ist Chefsache! 7

Kann denn Kuchen Sünde sein...?..... 8

Chancen vertan..... 9

Lizenz zum Schnüffeln 10

Es geht auch anders..... 11

Für die Kleinsten das Beste 12

Kann man das lernen? 13

Alle Jahre wieder..... 14

UMfairTEILEN - Reichtum besteuern 15

Verbesserung für Geringverdiener..... 15

Sommer, Sonne, Strand, Geschenke..... 16

Wirtschaftsflaute, Euro, Schuldenbremsen: Was tun?

Prof. Dr. Rudolf Hickel beleuchtet...



Rudolf Hickel
Professor für Wirtschaftswissenschaft
Forschungsleiter am „Institut Arbeit und Wirtschaft“ (IAW) der Arbeiterkammer und Universität Bremen

Ängste und Verunsicherung treiben die Menschen um. Ursache ist eine kaum noch zu entziffernde Vielfalt von Bedrohungen: Die Weltwirtschaft schwächt sich ab. Auch in Deutschland werden erste Bremsspurten sichtbar. Über das gesamte Jahr gerechnet bewegt sich das Wirtschaftswachstum in Richtung Stagnation. Wieder einmal zeigt sich, wie die starke Exportabhängigkeit wegen der schwachen Binnenwirtschaft durchschlägt. Erstmals steigt wieder die Zahl der registrierten Arbeitslosen. Zugleich nehmen die prekären Jobs zu. Noch sprudeln die Einnahmen der öffentlichen Haushalte per Steuern und Sozialversicherungsabgaben überraschend stark. Mit der typischen zeitlichen Verzögerung werden jedoch auch die öffentlichen Haushalte die Abschwächung der wirtschaftlichen Entwicklung zu spüren bekommen. Unbestreitbar werden die wirtschaftliche sowie die politische Entwicklung durch die Eurokrise angetrieben. Das Euroland droht trotz kaum noch zu ermessender Finanzhilfen an die Euro-Krisenstaaten auseinanderzubrechen. Existenzielle Ängste legen sich wie Mehltau über die Gesellschaft. Große Sorgen konzentrieren sich auf die Gefahr einer Inflation, die die Einkommen und Ersparnisse auffressen könnte. Hinzu

kommt die nicht einmal ansatzweise bewältigte Bankenkrise. Das Vertrauen in sichere Sparanlagen und Lebensversicherungen schwindet bedrohlich. Schließlich sind die Zweifel an der für die Euro-Währung zuständigen Europäischen Zentralbank (EZB) mit ihren schwer durchschaubaren Aufkäufen von Ramschanleihen aus den Krisenländern groß. Und dann gießt noch der Chef der Deutschen Bundesbank mit seiner offenen Kritik an der EZB Öl ins Feuer.

Gefährliche Mischung

Diese Mischung aus unterschiedlichen Ängsten und einem tiefen Vertrauensverlust ist brandgefährlich. Sie belastet eine sachliche Diskussion und rationale Entscheidungen zum Abbau der Krisenherde. Dazu trägt die vorherrschende Beratungsökonomik bei. Die Gruppe der „Wutökonomien“ klärt mit ihren schlampigen Appellen gegen eine Rettung des Eurolandes nicht auf. Vielmehr produzieren sie Desorientierung. Mit einer zum Teil bewusst verschleiern den Begriffswahl wird diese weit verbreitete Verunsicherung doppelt missbraucht: Zum einen geht es mit dem Zusammenbruch des Euro um die Rückkehr zu nationalen Währungen. Die nationalistischen Töne beim Schwur auf den al-

ten D-Mark-Imperialismus sind unüberhörbar. Zum anderen wird die Übermacht der Märkte, die ohnehin schon die heutige Politik drangsaliert, streng nach der neoliberalen Doktrin vorangetrieben.

Woher kommt die Euro-Krise?

Bei der Suche nach den Ursachen der Eurokrise wird viel Verschleierung betrieben. Von Anfang an waren es die falschen Weichenstellungen im Maastrichter Vertrag, der Ende 1991 verhandelt wurde. Dort sind nur monetäre Kriterien mit dem scheinbaren Ziel, die Inflation zu vermeiden, berücksichtigt worden. Realwirtschaftliche Kriterien wie die Produktivität und die Wirtschaftsstruktur wurden ebenso wie die Arbeitslosigkeit nicht berücksichtigt. Diese Währungs- ohne Wirtschaftsunion musste die Spaltung zwischen den nationalen Ökonomien vorantreiben. Der Mut zum Aufbau einer Verantwortungs- und Wirtschaftsunion fehlte. Dazu kam eine viel zu zögerliche, nationalstaatlich reduzierte Rettungspolitik in den letzten Jahren. Damit ist auch nicht der starke Anstieg der Staatsschulden in den letzten Jahren die Ursache der Krise sondern vielmehr ihre Folge.

Der starke Anstieg der Staatsschulden ist nicht die Ursache der Krise, sondern vielmehr ihre Folge. Die Staaten mussten sich in den vergangenen vier Jahren massiv verschulden, erstens wegen der Maßnahmen zur Rettung der Banken, zweitens wegen der Stabilisierungsprogramme, die den Konjunkturreinbruch infolge der Finanzkrise bremsen sollten, und drittens wegen des drastischen Rückgangs der Steuereinnahmen infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise. Sobald die Staatsschulden in die Höhe stiegen, nutzten dieselben Finanzunternehmen, die gerade noch von den Rettungs-

Euro-Krise vor Ort in Griechenland

Kiri M., Erzieher in Bremen, ist gerade aus seiner Heimat Griechenland zurückgekehrt und berichtet:

„Es ist dramatisch, wie sich die Lebensverhältnisse in Griechenland verschlechtert haben. Auf Grund von Lohnkürzungen, Arbeitslosigkeit, Preissteigerungen haben die meisten kaum genug zum Leben. Steuern und Abgaben müssen bezahlt werden, aber die Leute wissen nicht wovon. Schlimm ist es, wenn man krank wird. Medikamente und Ärzte müssen jetzt oft aus eigener Tasche im Voraus bezahlt werden, weil die Krankenkassen nicht mehr genug Geld haben. Die Stimmung ist im Keller, und viele verstehen nicht, was los ist in den deutschen Medien beim Thema Griechenland. Trotzdem freuen sich meine Landsleute über jeden Touristen, denn jeder hilft beim wirtschaftlichen Überleben. Die meisten wollen den Euro behalten - eine echte Alternative sehen sie nicht. Aber die Leute brauchen Luft zum Atmen. Die einfachen Leute müssen jetzt etwas ausbaden, was sie selbst gar nicht verursacht haben!“

Der Bericht zeigt: Die Leidtragenden dieser Finanz- und Spekulationskrise sind in Griechenland die Beschäftigten und ihre Familien, während die Reichen ihre Vermögen im Ausland in Sicherheit bringen. Die Beschäftigten brauchen unser Verständnis und unsere Solidarität! Hajo Kuckero

Fortsetzung Seite 4

maßnahmen profitiert hatten, die Ungleichgewichte innerhalb der Eurozone, um gegen das jeweils schwächste Glied in der Kette zu spekulieren. Es ist untragbar, wie sehr inzwischen die südlichen Euro-Staaten und ihre als vermeintlich faul oder unfähig beschimpften Bevölkerungen für die Krise verantwortlich gemacht werden, anstatt der Nieten in Nadelstreifen in den europäischen Großbanken und in der staatlichen Finanzregulierung und -aufsicht.

Dagegen muss sich eine unterschiedene und zukunftsfähige Politik mit dem Ziel, die soziale Lage der von Erwerbsarbeit Abhängigen innerhalb Europas zu verbessern, umgesetzt werden. Derzeit ist die Rettung der Euro-Währung durch deren Weiterentwicklung und Einbindung in eine Wirtschafts- und schließlich Politische Union vorrangig. Nachdem das gelungen sein wird, muss jedoch endlich die EU zu einer Sozial-, Beschäftigungs- und Umweltunion ausgebaut werden.

Ausbau des Euro statt Zerfall

Wir stehen heute nur noch vor einer Alternative: Entweder der Ausstieg aus der Euro-Vergemeinschaftung durch renationalisierte Währungen oder ein mutiger Ausbau durch die Korrektur schwerer Gründungsfehler. Mit der Politik der Bundeskanzlerin des Durchwurstelns wird die Vertrauenskrise und am Ende der Zusammenbruch beschleunigt. Die aktuelle Systemkrise kann nur mit mutigen kurzfristigen Maßnahmen auf der Basis eines Zukunftskonzepts zur ökonomischen Integration Europas überwunden werden. Dabei müssen die Interessen der von Arbeitsplätzen Abhängigen an guter Arbeit im öffentlichen und privaten Sektor Vorrang haben.

Vor allem Deutschland profitiert vom Euro

Eine vergleichende Bewertung eines Ausstiegs aus dem Euro belegt: Der seit dem

01.01.1999 etablierte Euro hat wirtschaftlich viele Erfolge gebracht. Vor allem Deutschland hat mit seinen Exporten in die anderen Euroländer profitiert. Auch ist der Euro weltweit eine stabile und damit attraktive Anlagewährung. Ohne den Euro hätten in der letzten Finanzkrise Spekulanten durch Wetten auf die Wechselkurse massive Schäden angerichtet. Den Spekulanten das Handwerk zu legen, war die Idee, die Giscard d'Estaing und Helmut Schmidt auf dem Eurogipfel im Sommer 1978 in Bremen bei der Schaffung eines Europäischen Währungssystems angetrieben hat und am Ende zur einheitlichen Währung führte. Würde die Euro-Währung verschwinden, wären die ökonomischen, sozialen und politischen Schäden riesig. In Deutschland würde dies durch die Rückkehr zu einer stark aufgewerteten D-Mark zu massiven Jobverlusten führen. Allerdings darf sich die EU nicht nur auf Binnenmarkt plus Währungsunion konzentrieren. Endlich müssen die sehr unterschiedlichen Wirtschaftsstrukturen angeglichen werden. Helmut Kohls und Theo Waigels unverantwortliche Illusion von der einheitlichen Währung, die aus sich heraus genügend Integration schaffe, hat maßgeblich die Krise produziert. Faktisch wurde die Spaltung innerhalb des Eurolands nicht abgebaut, sondern vertieft.

Steiniger Weg aus der Eurokrise

Es gibt einen steinigen Weg aus der umfassenden Eurokrise auf der Basis einer Vision von einer Politischen Union. Kurzfristig sind die Rettungsschirme richtig. Spekulanten verlieren ihr Schlachtfeld und gekauft wird Zeit für die Überwindung der Eurokrise. Die gemeinsame Haftung verlangt ein Konzept zum Schuldenabbau über einen Tilgungsfonds sowie die künftige Neuverschuldung mit Eurobonds.

Keine Inflationsgefahren

Die Notenbank hat, ob sie will oder nicht, die Aufgabe, die Finanzmärkte zu stabilisieren. Sie muss durch eine Bankendisziplinierungsunion, die rechtzeitig Fehlentwicklungen verhindert, ergänzt werden. Dabei hat eine gegen die Krise gerichtete Geld- und Finanzpolitik durchaus genügend Spielraum. Denn es drohen keine Inflationsgefahren. Die Geldschwemme führt nicht zu einem Schub bei der Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen. Erforderlich ist vor allem ein Konzept zum Aufbau und zur Stärkung der Produktionswirtschaft in den Krisenländern. Denn die Rotstiftpolitik mit massiven Kürzungen bei den sozial Schwachen zwingt die Länder in die Krise und treibt mangels Steuereinnahmen am Ende die Schulden in die Höhe. Gegen die Notverordnungspolitik à la Brüning wird ein Herkules-Plan gesetzt.

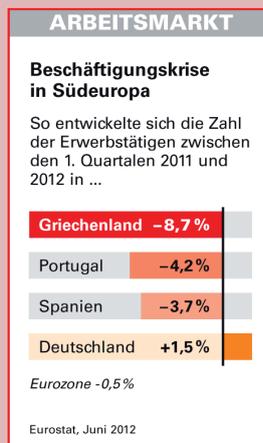
Schuldenbremsen erhöhen Krisenkosten

Wie die katastrophalen Wirkungen in den Krisenländern zeigen, Schuldenbremsen erhöhen am Ende die Krisenkosten. So behindert auch die Fiskalunion mit der Schuldenbremse in der EU eine Politik, die die Wirtschaft stärkt und über eine gerechte Steuerpolitik die Finanzierung öffentlicher Haushalte verbessert. Im Kern gilt dies auch für die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse in Deutschland. Kein Zweifel, die Finanzierung ordentlicher Aufgaben im öffentlichen Sektor muss dauerhaft auch ordentlich finanziert werden, d. h. mit Steuern. So lange jedoch eine gerechte Besteuerung durch die Einführung einer an der ökonomischen Leistungsfähigkeit ansetzenden Vermögensteuer verhindert wird, blockiert die mechanistische Schuldenbremse die Finanzierung wichtiger Investitionsausgaben und des öffentlichen Dienstes insgesamt. Das zeigt sich heute schon in

Bremen bei einer Finanzpolitik, die den Pfad in Richtung Nullverschuldung ab 2020 vorfolgt. Dadurch entstehen Lasten nicht nur für die heutige, sondern auch für künftige Generationen.

Euro-Krise

Die Folgen der Finanz- und Bankenkrise und verfehlter Regierungspolitik im Euro-Land müssen vor allem die Beschäftigten in Griechenland und Südeuropa tragen: stark zunehmende Arbeitslosigkeit, aber auch drastisch sinkende Einkommen und Sozialabbau.



Grafik-Quelle: TrendTableau Böckler-Impuls 12/2012

Sozial gerecht?

Who is Who?

Die Autorinnen und Autoren

Einkommen

Immer mehr Beschäftigte arbeiten zusätzlich - meist weil das Geld nicht reicht. Gleichzeitig gibt es immer mehr Reiche.



Grafik-Quelle: TrendTableau
Böckler-Impuls 12/2012



Grafik-Quelle: TrendTableau
Böckler-Impuls 11/2012

Vermögen

Die reichsten Menschen der Welt, rund elf Millionen (Multi-) Millionäre, verfügen über ein Gesamtvermögen von 42 Billionen US-Dollar, berichtet die Beratungsgesellschaft Capgemini. Zum Vergleich: Die weltweite Wirtschaftsleistung lag 2011 bei knapp 70 Billionen US-Dollar. Die mit Abstand meisten Superreichen mit einem verfügbaren Vermögen von mindestens einer Million US-Dollar leben in den USA (rund 3,1 Millionen), gefolgt von Japan (1,8 Millionen) und Deutschland (950.000).

Capgemini, Juni 2012
(Quelle: Böckler-Impuls 12/2012)

Die Kolumne „Sozial gerecht?“ wurde zusammengestellt von:



Hajo Kuckero

Saskia Coenraats

kommt von der Werkstatt Bremen. Sie ist als freigestelltes Mitglied im Gesamtpersonalrat u. a. zuständig für die Bereiche Frauen und Vereinbarung von Familie und Beruf.

Harry Eisenach

kommt aus dem Bereich Schulen und ist als freigestelltes Mitglied im Gesamtpersonalrat u. a. zuständig für die Beamten- und Tarifangelegenheiten der Lehrerinnen und Lehrer.

Doris Hülsmeier

ist Vorsitzende des Gesamtpersonalrats. Sie nimmt u. a. die Außenvertretung des Gesamtpersonalrats wahr und ist Ansprechpartnerin für alle Betreuungsbereiche im bremsischen öffentlichen Dienst.

Bernd Krause

kommt von GeoInformation Bremen. Als freigestelltes Mitglied im Gesamtpersonalrat betreut er u. a. den Bereich Umwelt, Bau und Verkehr.

Hajo Kuckero

kommt aus dem Bereich Schulen. Er ist als freigestelltes Mitglied im Gesamtpersonalrat u. a. zuständig für den Bereich prekäre Beschäftigungsverhältnisse.

Burckhard Radtke

kommt vom Amt für Soziale Dienste. Er ist stellvertretender Vorsitzender des Gesamtpersonalrats und zuständig u. a. für die grundsätzlichen Angelegenheiten des Beamten-, Besoldungs- und Versorgungsrechts.

Karen Vogel-Krawczyk

kommt von der Senatorin für Finanzen und ist als freigestelltes Mitglied im Gesamtpersonalrat u. a. zuständig für den Bereich Integration von MigrantInnen.

Burckhard Winsemann

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Gesamtpersonalrat und berät ihn in Fragen von Betriebswirtschaft und Haushalt.

Nicoletta Witt

kommt vom Landesinstitut für Schule. Sie ist als freigestelltes Mitglied im Gesamtpersonalrat u. a. zuständig für Suchtprävention und berät im Umgang mit Suchterkrankten.

take five...

Telefonisches Beratungs-Know-how

...ist nicht etwa eine Tanz- oder Partyband oder das berühmte Stück von Dave Brubeck, nein, **five** ist das vertrauliche Beratungstelefon für Führungskräfte. Richtig gesagt ist es die Abkürzung von „Führungskräfte in Verantwortung“.

Telefonisch sollen sie Unterstützungsgespräche unter vier Augen geführt. Vorrangige Themen waren Leistungsminderung und psychische Auffälligkeiten der MitarbeiterInnen. Daneben kamen Hierarchieprobleme und Teamkonflikte zur Sprache. In 20 Prozent der Fälle ging es um eigene Belastungen am Arbeits-

Führungskräfte in Verantwortung (five)

Direkter Draht zu five: 0421-27752-28

Kontakt per Mail: five@ifd-bremen.de

Faltblatt-Download: www.ifd-bremen.de

platz. Ratlosigkeit überwinden und aktiv werden heißt das erklärte Ziel der telefonischen Beratung. Davon profitieren sowohl Führungskräfte als auch die MitarbeiterInnen. Die Erleichterung nach einem Gespräch ist oft sehr groß, wissen die Fachleute des IFD. „Gut, dass ich das noch einmal durchdenken konnte“, sagten einige Anrufer oder: „Es sind hilfreiche Tipps, die ich sofort umsetzen kann.“

zung im Umgang mit psychisch auffälligen Beschäftigten bekommen. Stress, Burnout, Depressionen und Erschöpfung sind psychische Erkrankungen und Beeinträchtigungen, von denen auch Beschäftigte im bremischen öffentlichen Dienst betroffen sein können. Die Sensibilität für das Thema ist gewachsen, aber viele sind unsicher, wie man damit umgehen kann. Oft lassen sich psychische Beeinträchtigungen gar nicht so leicht erkennen. Das betriebliche Umfeld ist ratlos, ein offener Umgang fällt schwer. Dies wirkt sich auf die Arbeitsabläufe und das Miteinander aus. Führungskräfte sind in dieser Situation besonders gefragt: Sobald sie merken, dass sich das Verhalten von Beschäftigten verändert, sollten sie aktiv werden und die Probleme ansprechen. Ein fürsorglicher und respektvoller Umgang von Anfang an entspannt die Situation und erleichtert die Problembewältigung.

five hilft in Kooperation mit dem Integrationsfachdienst (IFD Bremen) bei der Beratung der Vorgesetzten. five ist vertraulich. five kann einfach und unbürokratisch genutzt werden. Auf Wunsch sind die Gespräche anonym oder unterstützen in ganz persönlichen Fragen. Auch Eigenbetriebe des öffentlichen Dienstes können five nutzen.

250 Kontakte mit Führungskräften gab es bisher. Meistens fanden diese telefonisch statt, vereinzelt wurden aber auch

platz.

platz. Ratlosigkeit überwinden und aktiv werden heißt das erklärte Ziel der telefonischen Beratung. Davon profitieren sowohl Führungskräfte als auch die MitarbeiterInnen. Die Erleichterung nach einem Gespräch ist oft sehr groß, wissen die Fachleute des IFD. „Gut, dass ich das noch einmal durchdenken konnte“, sagten einige Anrufer oder: „Es sind hilfreiche Tipps, die ich sofort umsetzen kann.“



Bernd Krause

five[®]

FÜHRUNGSKRÄFTE IN VERANTWORTUNG

VERTRAULICHE BERATUNGSHOTLINE FÜR FÜHRUNGSKRÄFTE
DES LANDES UND DER STADTGEMEINDE BREMEN



ifd bremen
integrations
fachdienst
bremen gmbh



Die Senatorin
für Finanzen



Sucht ist Chefsache!

Anwendung der Dienstvereinbarung Sucht

5 % aller Beschäftigten gelten als alkoholabhängig, weitere 10 % als stark gefährdet. Suchtprobleme bedeuten häufig individuelle Tragödien für die Betroffenen und ihre Angehörigen. Suchterkrankungen haben jedoch auch massive Auswirkungen im Berufsleben durch erhöhte Fehlzeiten, Leistungseinbußen, gesteigerte Unfallgefahren. Auch das Betriebsklima leidet. Am Arbeitsplatz besteht somit ein Bedarf, aber auch die Chance auf Betroffene einzuwirken. Die Dienstvereinbarung Sucht gibt Vorgesetzten und Beschäftigten den Rahmen für den Umgang mit Suchtproblemen am Arbeitsplatz.

In erster Linie sind es die Vorgesetzten, die die Dienstvereinbarung Sucht kennen und umsetzen sollen. **MUMM** wollte erfahren, wie sie im Arbeitsalltag tatsächlich angewendet wird und befragte deshalb Frau T. Sie ist Vorgesetzte von 38 MitarbeiterInnen.

MUMM:

Kennen Sie die Dienstvereinbarung Sucht?

Frau T.:

Im Rahmen einer Fortbildung habe ich die Dienstvereinbarung Sucht schon vor mehreren Jahren kennengelernt. Vor ca. einem halben Jahr habe ich zum ersten Mal auf die Dienstvereinbarung zurückgegriffen.

MUMM:

Mögen Sie uns schildern, wie es dazu kam?

Frau T.:

Ein Kollege fiel seit einem längeren Zeitraum auf durch zunehmende Fehlzeiten, besonders am Montag. Hinzu kamen kurzfristige Abmeldungen von nachmittäglichen Dienstbesprechungen. Auch zeigte er keine Bereitschaft mehr, sich an Sonderaufgaben zu beteiligen. Es wurden des Öfteren Konzentrationsmängel, geringe Merkfähigkeiten, starke Unsicherheit und zeitweise ein ungepflegtes Erscheinungsbild von verschiedenen Kollegen, aber auch von mir wahrgenommen.

Gleichzeitig fielen mir bei morgendlichen Begegnungen die glasigen Augen des Kollegen auf, und ich hatte das Gefühl, eine leichte Alkoholfahne zu riechen. Hin und wieder wurde ich seinerzeit auch bereits auf den Kollegen angesprochen. Niemand ist bis dahin davon ausgegangen, dass der Kollege an einer Suchterkrankung leiden könnte.

MUMM:

Welcher Impuls hat bei Ihnen den Gedanken ausgelöst, dass es sich bei dem Kollegen doch

um eine Suchterkrankung handeln könnte?

Frau T.:

In der Fortbildung habe ich gelernt, dass die Wahrnehmung von Alkoholgeruch mit nahezu 90 %iger Sicherheit auch zutrifft. Durch die Tatsache, dass mich gleichzeitig mehrere KollegInnen wegen unterschiedlicher Auffälligkeiten angesprochen haben, führte ich diesbezüglich zunächst ein Gespräch mit meiner Stellvertretung. Sie hatte ebenfalls Anzeichen ähnlicher Art registriert, jedoch keine Suchterkrankung vermutet.

MUMM:

Wie sind Sie weiter vorgegangen?

Frau T.:

Meine Stellvertretung und ich haben uns verabredet, vor Dienstbeginn mit dem betroffenen Kollegen so oft es geht ein kurzes Gespräch zu führen und alle Auffälligkeiten zu dokumentieren.

Über die weitere Vorgehensweise habe ich mich dann mit einer Suchtkrankenhelferin ausgetauscht. Deren Unterstützung war für mich ausschlaggebend. Ich habe gleich am nächsten Tag nach Dienstschluss das Erstgespräch nach der Dienstvereinbarung Sucht mit dem Kollegen geführt.

MUMM:

Wie verlief das Gespräch?

Frau T.:

Zu meinem großen Erstaunen war der betroffene Kollege spürbar offen und in großen Teilen auch erleichtert. Er gestand ohne Umschweife einen regelmäßigen starken Alkohol-

konsum. Allerdings wollte er sich nicht in eine professionelle Behandlung begeben. Ich habe stattdessen mit ihm verabredet, dass er sich eine Selbsthilfegruppe sucht oder dass er sich bei einer der dienstlichen Suchtgruppen meldet und dort regelmäßig an den Treffen teilnimmt. Außerdem führen wir ca. alle 6 Wochen ein Gespräch zur aktuellen Situation. Ich habe dem Betroffenen mitgeteilt, dass ich bei Verstößen gegen die Auflagen die nächste Stufe der Dienstvereinbarung einleiten werde.

MUMM:

Gab es Reaktionen aus der Kollegenschaft?

Frau T.:

Einige Kollegen haben den Betroffenen auch direkt angesprochen, weil sie Alkoholgeruch wahrgenommen hatten und sich große Sorgen um seinen Gesamtzustand machten. Das ist ihnen aber nicht leicht gefallen. Ich habe sie darin bestärkt.

MUMM:

Mögen Sie eine abschließende Bewertung treffen?

Frau T.:

Inzwischen sind ca. 5 Monate vergangen, der Kollege ist unauffällig. Die Zusammenarbeit ist einvernehmlich. Die Dienstvereinbarung Sucht ist sehr wichtig! Sie hat mich in meinem Tun sehr unterstützt. Allerdings waren in meinem Fall in erster Linie die direkten Hinweise durch die Kollegen und die Kompetenz und Unterstützung der Suchtkrankenhilfe ausschlaggebend.

MUMM:

Wir bedanken uns sehr für das Gespräch.

Das Interview führte für

MUMM:

Dienstvereinbarung Sucht

Die Dienstvereinbarung Sucht wird neu gefasst. Die Neufassung steht voraussichtlich ab dem 01.11.2012 auf der Homepage des Gesamtpersonalrats zur Verfügung: www.gpr.bremen.de



Nicoletta Witt

Kann denn Kuchen Sünde sein...?

Was ich annehmen darf

Handlungsgrundlagen für ein korrektes Verhalten sind für alle Kolleginnen und Kollegen des bremischen öffentlichen Dienstes die verwaltungsinternen Vorschriften „zur Vermeidung und Bekämpfung der Korruption“ sowie „über die Annahme von Belohnungen und Geschenken“. Die senatorischen Dienststellen können weitere einschränkende Anordnungen treffen.

Solche Situationen sind es, die uns nachdenklich machen müssen: Mal ist es das Angebot, einen Kugelschreiber anzunehmen, mal einen Kaffee mit Kuchen, mal einen Gutschein. Wo beginnt Korruption? Was darf ich annehmen, was muss ich zurückweisen?



Korruption ist nicht nur das ganz große Geld. Korruption beginnt immer dann, wenn jemand ein öffentliches Amt oder seine Funktion zu Gunsten eines Anderen missbraucht - und das alles unter Verschleierung, Geheimhaltung oder Vertuschung der Machenschaften.

Zu dem sensiblen Thema Korruption bietet die Zentrale Antikorruptionsstelle (ZAKS) präventiv für alle Beschäftigten im bremischen öffentlichen Dienst Fortbildungen und Informationen an. Inzwischen wenden sich auch private bremische Unternehmen gerne zur Beratung an die ZAKS.

Aufgaben der ZAKS sind die Reduzierung von Korruption durch Prävention, die Sensibilisierung sowie eine Steigerung der Akzeptanz und der Transparenz der Antikorruptionsarbeit.

Das Besondere und gleichzeitig Schwierige an der ZAKS ist, dass dort zugleich die Strafverfolgung angebunden ist. Der Bereich der Prävention wird von einer Juristin und einem Verwaltungsbeamten geleitet. Für den Bereich der Ermittlung sind vier besonders erfahrene Kriminalbeamte tätig. Bei Hinweisen,

aus denen sich Indizien für eine korrupte Handlung ergeben könnten, werden Ermittlungen eingeleitet.

Was darf ich denn nun annehmen? Es darf nichts angenommen werden, was mehr als geringen Wert hat. Der Begriff „geringwertige Aufmerksamkeiten“ ist eng auszulegen. So könnten z. B. wiederholte kleine Geschenke von geringem Wert eine beträchtliche Zuwendung darstellen, das sogenannte „Anfüttern“. Unproblematisch dagegen sind alle geringwertigen Aufmerksamkeiten und Massenwerbeartikel wie Kalender, Kugelschreiber, Schreibblöcke. Um sicherzugehen, ist es sinnvoll, eine Meldung über die Annahme von Geschenken bei Vorgesetzten zu machen. Damit kann auch erreicht werden, dass die Bediensteten die Annahme von Aufmerksamkeiten sorgfältig prüfen.

Andere Wirtschaftsbereiche wie z. B. das Gesundheitswesen sind in ähnlicher Weise betroffen.

Verlässlichkeit und gerechtes Handeln können die Bürgerinnen und Bürger vom öffentlichen Dienst erwarten. Korruption macht all das zunichte.



Bernd Krause

Zentrale Antikorruptionsstelle

Die Zentrale Antikorruptionsstelle (ZAKS) ist telefonisch unter 361-16969, per eMail office@zaks.bremen.de, im Internet unter www.zaks.bremen.de, aber auch persönlich in der Stresemannstraße 48 zu erreichen.

Korruption ist keine Bagatel- le. Die Handelskammer Hamburg berichtet, dass allein im Baubereich aufgrund von Korruption jährlich ein Schaden von ca. fünf Milliarden Euro entsteht. Dabei ist von einer hohen „Dunkelziffer“ auszugehen.



Chancen vertan

Neues Versorgungsrecht enttäuscht

Für alle Tarifbeschäftigten ist es selbstverständlich - die regelmäßige, automatische Auskunft über die zu erwartende Rentenhöhe. Die Gewerkschaften ver.di, GEW und GdP fordern dies schon seit längerem auch für die bremischen Beamtinnen und Beamten. Denn eine Information über die voraussichtliche Höhe der Pension wäre insbesondere vor

Entscheidung auszugleichen, erhalten Beamtinnen und Beamte in Justizvollzug und Feuerwehr bisher einen einmaligen Ausgleichsbetrag von 4.091 Euro.

Diesen Ausgleichsbetrag sollen zukünftig nur noch die BeamtInnen der Laufbahngruppe 1 bei der Feuerwehr erhalten. Für die BeamtInnen der Laufbahngruppe 1 des Justizvollzugs und für alle Vollzugs- und

einzelfallgerecht nach dem Grad der Schädigungsfolgen gestaffelt werden. Das kann sich sowohl positiv als auch negativ auswirken. Wahlleistungen im Krankenhaus sollen zukünftig von der Erstattung ausgeschlossen werden.

Wieder einmal bei den BeamtInnen

Insgesamt zeigt sich auch bei diesem Gesetzentwurf, dass wieder bei den Leistungen für die Beamtinnen und Beamten gekürzt werden soll.

Die Gewerkschaften haben diese neuerlichen Kürzungspläne zurückgewiesen und entschieden Widerstand dagegen angekündigt. Sie werden dabei umso erfolgreicher sein, je intensiver jede einzelne Kollegin und jeder einzelne Kollege sich an den gewerkschaftlichen Aktionen beteiligt.



Stehen die Beamtinnen und Beamten demnächst wieder auf dem Bremer Marktplatz?

denkungen über Arbeitszeitreduzierungen oder Beurlaubungen wichtig. Entgegen früherer Ankündigungen der Senatorin für Finanzen ist in den Gesetzentwurf aber leider kein Anspruch auf eine frühzeitige und regelmäßige Versorgungsauskunft aufgenommen worden.

Beileibe kein Privileg

Die Kolleginnen und Kollegen in Feuerwehr und Justizvollzug haben deutlich geringere berücksichtigungsfähige Dienstzeiten und damit geringere Versorgungsansprüche. Gründe dafür sind, dass für die Ausbildung eine bereits abgeschlossene Berufsausbildung und -tätigkeit zwingend erforderlich sind. Wegen der besonderen körperlichen und psychischen Anforderungen und Belastungen ihrer Tätigkeiten gilt zudem in diesen Bereichen eine besondere Altersgrenze. Um diese berufsbedingte Schlech-

terung FeuerwehrbeamtInnen der Laufbahngruppe 2 soll er gestrichen werden.

Die Ausgleichszahlung ist ein wichtiger Bestandteil einer angemessenen Versorgung, da sie berufsbedingte Nachteile ausgleicht. Sie ist beileibe kein „Privileg“. Die ver.di Betriebsgruppen des Justizvollzugs und der Feuerwehr haben sich mit Aktionen und politischen Gesprächen für den Erhalt des Ausgleichsbetrages eingesetzt.

Kürzungen bei Dienstunfällen

Wer zukünftig einen Dienstunfall hat und deshalb nicht mehr arbeiten kann, muss sich auf ein niedrigeres Unfallruhegehalt einstellen. Es ist nämlich im Rahmen der Änderung der Dienstunfallfürsorge beabsichtigt, das Unfallruhegehalt von jetzt 75 % auf 71,75 % abzusenkten. Außerdem sollen einmalige Unfallentschädigungen



Burkhard Radtke

Unterstützung von der ZGF

Auch die Zentralstelle der Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau (ZGF) hat jetzt die Senatorin für Finanzen gebeten, eine Regelung zur Versorgungsauskunft in den Gesetzentwurf aufzunehmen. Im Bundesrecht gibt es eine entsprechende Vorschrift in § 49 Abs. 10 Beamtenversorgungsgesetz:

„Die zuständige Dienstbehörde hat dem Beamten oder der Beamtin auf schriftlichen Antrag eine Auskunft zum Anspruch auf Versorgungsbezüge nach der Sach- und Rechtslage zum Zeitpunkt der Antragstellung zu erteilen. Die Auskunft steht unter dem Vorbehalt künftiger Sach- und Rechtsänderungen sowie der Richtigkeit und Vollständigkeit der zugrunde liegenden Daten.“

Rest-Cent in der Hauptstadt

Immer „etwas los“ war am bremschen Rest-Cent-Stand bei der Nachhaltigkeitskonferenz der SPD-Bundestagsfrakti-



on am 25. April 2012 in Berlin. Eingeladen hatte der bremsche Bundestagsabgeordnete Uwe Beckmeyer. Die Rest-Cent-Initiative der Beschäftigten des

bremschen öffentlichen Dienstes hat beim dortigen „Markt der Möglichkeiten“ Interesse geweckt und Eindruck gemacht. Vanessa Sturm von dem durch Rest-Cent geförderten Projekt „Endlich Schule“ freute sich über den Verkauf von etlichen

Tiegeln mit Creme aus Sheabutter, deren Erlös der Schule in Mali zu Gute kommt. „Eine gute Idee zum Nachmachen. Eure Rest-Cent-Aktion ist eine prima Anregung für uns“, freute sich der Standnachbar, ein Personalratskollege aus Nordrhein-Westfalen. „Das nehm’ ich mir vor, auch bei uns umzusetzen.“

40 Aufstiegsplätze erreicht

Es waren nur 15 Plätze für den allgemeinen Bereich für die Aufstiegsfortbildung zum Wechsel in die Laufbahngruppe 2 vorgesehen. Bewerbungen gab es über 60, viele mit sehr guten Ergebnissen im Auswahlverfahren. In enger Zusammenarbeit mit der Senatorin für Finanzen konnten wir erreichen, dass die Anzahl der Plätze verdoppelt wurde. Außerdem nehmen 10 KollegInnen des Sozialbereichs, die bereits seit Jahren Aufgaben der Laufbahngruppe 2 ausüben, an der Aufstiegsqualifizierung teil. Wir wünschen allen viel Freude und Erfolg.

Tschüß Kalle!

Kalle Krebs geht in die Ruhephase seiner Altersteilzeit. Kaum vorstellbar. Kalle ist ein gewerkschaftliches „Urgestein“, erst bei der ÖTV, dann bei ver.di. Als Hauptamtlicher hat er klug und verlässlich die Interessen der organisierten Kolleginnen und Kollegen vertreten. Sigrid Leidereiter übernimmt ab 1. Oktober 2012 seine Nachfolge. Tschüß Kalle! Wir wünschen dir alles Gute!



Lizenz zum Schnüffeln

Bundesregierung hält an viel kritisiertem Gesetzentwurf fest

Lidl, Telekom - die Liste von Arbeitgebern, die ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Arbeit unzulässigerweise ausgeschnüffelt haben, ließe sich beliebig verlängern. Ein Beschäftigtendatenschutzgesetz sollte her, um die Beschäftigten wirkungsvoll zu schützen.

Was die Bundesregierung jedoch als Entwurf für ein Beschäftigtendatenschutzgesetz vorgelegt hat, verdient den Namen nicht. Es stellt alle Beschäftigten unter Generalverdacht.

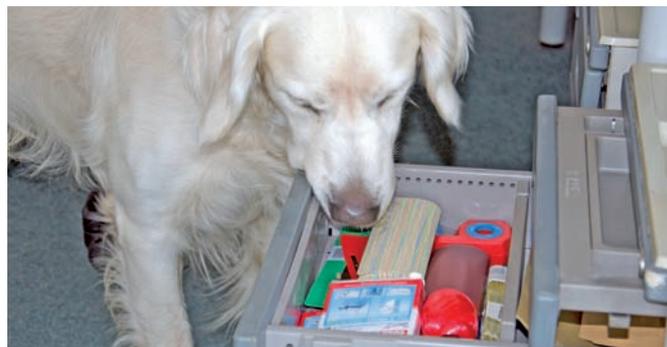
Danach soll das Fernmeldegeheimnis für private Gespräche und E-Mails am Arbeitsplatz insgesamt abgeschafft werden. Der Arbeitgeber soll auch private Gespräche mithören und E-Mails lesen dürfen - um zu überprüfen, ob sie wirklich privat sind.

Das Mithören dienstlicher Telefongespräche und das Mitlesen dienstlicher E-Mails soll permanent und ständig zugelassen werden, nicht mehr nur stichprobenhaft in vorher mitzuteilenden Zeiträumen.

Die permanente Videoüberwachung von Beschäftigten soll ganz allgemein „zur Wahrung

wichtiger betrieblicher Interessen“ zugelassen werden.

Der anlass- und verdachtslose Abgleich von Beschäftigtendaten („Screening“) soll nicht mehr nur zur Aufdeckung von Verfehlungen zugelassen werden, die eine fristlose Kündigung rechtfertigen, sondern



auch zum Aufspüren milder schwerer „Pflichtverletzungen“.

Betriebsvereinbarungen und Tarifverträge sollen künftig Vorrang vor den gesetzlichen Überwachungsgrenzen erhalten und dadurch selbst das geringe gesetzliche Schutzniveau gänzlich aufheben dürfen.

Der vorliegende Gesetzentwurf der Bundesregierung gibt den Arbeitgebern eine Handha-

be, den Datenschutz in Betrieben und Dienststellen auszuhebeln und bestehende Standards und gute Vereinbarungen zu unterlaufen. Der Gesetzentwurf wurde daher auf einer Anhörung im Jahr 2011 stark kritisiert. Trotzdem will die Bundesregierung an den problema-

tischen Regelungen festhalten.

Der Gesamtpersonalrat hat in Briefen an Herrn Kauder, den Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie an die bremschen Bundestagsabgeordneten eindringlich um Unterstützung dafür geworben, die vielen kritischen Anmerkungen und Bedenken gegenüber dem vorliegenden Gesetzentwurf ernst zunehmen und sich für

entsprechende Veränderungen stark zu machen. Wir haben auch Bürgermeisterin Karoline Linnert und Bürgermeister Jens Böhrnsen gebeten, ihren Einfluss in Berlin entsprechend geltend zu machen. Zustimmung Reaktionen gab es bereits von den Abgeordneten der SPD, Dr. Carsten Sieling und Uwe Beckmeyer und der Linken, Agnes Alpers, die einen gänzlich überarbeiteten Gesetzentwurf zum tatsächlichen Schutz der Beschäftigtendaten fordern.

Der Beschäftigtendatenschutz ist eine zu wichtige Angelegenheit, um das Gesetz ohne gravierende Änderungen verabschieden zu lassen. Wir wollen keine Lizenz zum Schnüffeln für die Arbeitgeber. Besser kein Gesetz als dieses!



Doris Hülsmeier



Es geht auch anders

Von privat zurück in die öffentliche Hand

„Privat vor Staat“, „Mehr Freiheit wagen“ oder „unflexibler öffentlicher Dienst“ - all das klingt uns noch in den Ohren, wenn wir an die Privatisierungswelle öffentlicher Dienstleistungen in den 90er Jahren denken. Die Kommunen sollten finanziell entlastet werden und haben sich dafür von den Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge verabschiedet. Strom-, Gas- und Wasserversorgung, Abfallentsorgung und Straßenreinigung sind hierfür beispielhaft. Es gab verschiedenste Argumente für die Privatisierung: Aufbrechen der Verwaltungsstrukturen, Markt zur Gebührensenkung nutzen, Konkurrenz belebt das Geschäft, Nutzung externen Know-Hows, Geldeinnahmen durch Verkäufe des „Tafelsilbers“.

Heute wissen wir, dass dies nicht eingetroffen ist. Wir alle haben gespürt, dass nach der Privatisierung die Qualität der Dienstleistungen nachgelassen hat, die Preise aber gestiegen sind. Private Unternehmen haben andere Aufgaben und Ziele, sind daher oftmals teurer. Der Wettbewerb regelt eben nicht alles.

Die privaten Unternehmen haben ein großes Interesse, staatliche Aufgaben zu übernehmen, einmal weil sie gewinnträchtig sind und zum anderen, weil die „öffentliche Hand“ regelmäßig und verlässlich zahlt. Außerdem sind ihre Betätigungen sehr wenig risikobehaftet.

Die Arbeitsbedingungen der Kolleginnen und Kollegen bei den Privaten sind allerdings oftmals problematisch. Tariftreue und Beschäftigungssicherheit

gibt es häufig nicht.

ver.di trat schon von Anfang an der Privatisierungswelle kritisch entgegen und setzt sich derzeit stark für eine Rückführung der Abfallbeseitigung ein. Bei einigen Politikern hat seit kurzem ein Umdenken begonnen. Erfolgreiche Rekommunalisierungen in Städten und Kommunen gibt es inzwischen (siehe Kasten).

Ein gutes Beispiel in Bremen ist die Rückführung des Gebäudemangements in die Immobilien Bremen und die damit verbundene Absicherung der Eigenreinigung - mit mehr Service und höherer Qualität.



Rainer Kuhn, Geschäftsführer ver.di Bremen-Nordniedersachsen



Bernd Krause, Vorsitzender MeisterInnen, TechnikerInnen, IngenieurInnen in ver.di Bremen



Von privat...



...zurück...



...in die öffentliche Hand.

Viele positive Erfahrungen

Viele Kommunen haben bereits positive Erfahrungen bei der Rekommunalisierung gemacht. Beispiele hierfür sind: Werkstoff- und Abfalleinsammlung: Bergkamen, Rhein-Sieg-Kreis, Landkreis Uckermark und Böblingen. Reinigung öffentlicher Gebäude: Fürth, Nienburg und Bremen.

Grünpflege in Nürnberg. Schwimmhalle in Schwerin, Bauhofleistungen in Kornwestheim sowie die Prüfstatik in Hannover.

Für die Kleinsten das Beste

Bildung beginnt mit dem Tag der Geburt

Beruf, ein Kind - und nun? Es ist eine spannende und zukunftsweisende Aufgabe für die Dienststellen und Eigenbetriebe des öffentlichen Dienstes, junge Eltern bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu unterstützen. Kolleginnen und Kollegen, die Eltern geworden sind, sollte ermöglicht werden, in ihren Beruf zurückzukehren. Für die Eltern ist es eine Frage sorgfältiger Prüfung von Prioritäten und Qualität, wenn der Wunsch „für die Kleinsten das Beste“ umgesetzt werden soll.

Einige Dienststellen und Be-



triebe haben für berufstätige Eltern besondere Arbeitszeitvereinbarungen umgesetzt, die sich auf ihre veränderten Bedürfnisse einstellen (z. B. Teilzeit und flexible Arbeitszeiten). Auf der Grundlage der Rege-

lungen der Dienstvereinbarung Alternierende Telearbeit kann ein Teil der Arbeit zu Hause erledigt werden. Mit Einrichtung eines speziellen Raumes wird in einigen Dienststellen die Möglichkeit geboten, Kinder in Ausnahmesituationen mit zum Arbeitsplatz zu bringen.

Für Kinder ab dem 1. Lebensjahr gibt es ab 2013 einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz. Benötigt werden gute Angebote, die sich mit dem Beruf vereinbaren lassen. Eltern können nach ihren Bedürfnissen einen Betreuungsplatz aussuchen. Einzig der öffentliche Träger, KiTa Bremen, muss den Rechtsanspruch gewährleisten.

Unser Arbeitgeber, die Freie Hansestadt Bremen, hat mit KiTa Bremen eigene Möglichkeiten, um gute Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren auch für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes anzubieten.

Die Einrichtungen sind schon da. Dort arbeiten gut ausgebildete ErzieherInnen und SozialpädagogInnen. Gute Arbeitsbedingungen, regelmä-

ßige Fortbildungen, kollegiale Beratung, funktionierende Vertretungsregelungen, tarifliche Bezahlung, Mitbestimmung - all das ist gesichert in den Kindertageseinrichtungen von KiTa.

Die Frauenbeauftragte von KiTa Bremen hat im Zusammenhang mit dem Frauenförderplan vorgeschlagen, dass KiTa Bremen Kinderbetreuungsplätze für KiTa-Beschäftigte bereitstellt. Es gibt Erzieherinnen und Erzieher, die in den Beruf zurückkehren würden, falls sie einen Betreuungsplatz für ihre Kinder bekommen. Gut ausgebildete ErzieherInnen sind doch jetzt schon Mangelware und wie wird das erst mit dem Rechtsanspruch?

Frau Stahmann als zuständige Senatorin fand die Idee zwar gut, aber es fehlen u. a. die gesetzlichen Grundlagen für die Umsetzung. KiTa Bremen für Kinder ab dem 1. Lebensjahr von allen Beschäftigten des bremischen öffentlichen Dienstes - das ist doch eine gute Idee. Das wäre auch ein Vorteil für den Arbeitgeber und die Bürgerinnen und Bürger. Krea-



tive Lösungen sind hier gefragt. Immerhin hat das Bundesfamilienministerium nach der Verständigung mit den Ländern Finanzmittel bereit gestellt, um zusätzliche Betreuungsplätze bis 2013 sicherzustellen.

Frau Stahmann - übernehmen Sie!



Saskia Coenraats



Doris Hülsmeier

Tagespflege - ein Sparmodell?

Derzeit wird ein Modell von Kinderbetreuung diskutiert, das wir problematisch finden. Dabei betreut eine Tagespflegeperson eine Gruppe von bis zu fünf Kindern unter drei Jahren. Wenn zwei Tagespflegepersonen sich zusammenschließen, können sie acht bis zehn Kinder betreuen. Die Mindestvoraussetzungen für eine Tagespflegeperson umfassen Erfahrung mit Kindern, Kooperationsbereitschaft mit den Eltern und Fortbildungen im Umfang von 170 Stunden. Qualitative Unterstützung wird von der städtischen Gesellschaft Pflegekinder in Bremen (PiB) bei Erziehungsfragen, Fortbildungswünschen und Erfahrungsaustausch geleistet.

Tagespflegepersonen arbeiten als Selbstständige. Im günstigsten Fall kann ihr Einkommen deutlich über dem Mindestlohn liegen, sogar an die tarifliche Bezahlung heranreichen. Ihre Arbeitsbedingungen sind allerdings schwierig. Eine Tagespflegeperson hat Anspruch auf vier Wochen betreuungsfreie Zeit pro Kalenderjahr, die mit den Eltern abzusprechen ist. Um geeignete Räumlichkeiten, Miete, Strom, Spielzeug, Essen und die Administration müssen sie sich selber kümmern. Dies gilt auch bei Änderung der baulichen oder anderen Auflagen. Sie tragen ein hohes finanzielles Risiko, falls Eltern ihre Kinder kurzfristig abmelden, hohe Miet- oder Nebenkosten entstehen oder sie länger erkranken.

Was sagen die PädagogInnen dazu? „Tagespflege für ein bis zwei Kinder ist ein sinnvolles Angebot. Das zeigen auch wissenschaftliche Untersuchungen“, meint Toren Christians, Erzieher und Personalrat bei KiTa Bremen. „Aus pädagogischer Sicht problematisch wird es aber bei Gruppenbetreuung.“ „Um den frühpädagogischen Bildungsauftrag zu sichern, ist fundiertes Wissen über Entwicklungspsychologie erforderlich“, betont die Sozialpädagogin Ute Garbers, Frauenbeauftragte bei KiTa Bremen. „Deshalb halten wir aus pädagogischer Sicht gerade bei frühkindlichen Gruppenangeboten die Professionalität von gut ausgebildetem Personal in Kindertageseinrichtungen für wichtig.“ Ein Großteil der Arbeitskraft in der Tagespflege wird für organisatorische Aufgaben benötigt. Diese Energie sollte besser der Betreuung zu Gute kommen.

Kinderbetreuung ist eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe, die gute Bedingungen erfordert, um den Eltern, Kindern und Betreuungspersonal gleichermaßen gerecht zu werden.

Kann man das lernen?

Interkulturelle Kompetenz in der Verwaltung

Für eine Frau mit Migrationshintergrund soll ein Antrag bei einer Behörde gestellt werden. Sie erscheint zu dem eingeladenen Termin mit ihrem Ehemann. Auf Fragen der Sachbearbeiterin spricht lediglich der Mann. Daraufhin bittet die Behördenmitarbeiterin den Ehemann hinaus. Der ist empört, er will bleiben, die Frau bricht in Tränen aus, eine lautstarke Diskussion beginnt. Die Sachlage kann nicht geklärt werden. Ein neuer Termin muss anberaumt werden.

Fast 30 % aller BremerInnen haben einen Migrationshintergrund. Was erwarten sie, wenn sie bei Behörden Anträge stellen müssen?

Die MigrantInnen möchten die BehördenvertreterInnen verstehen, ihr Anliegen verständlich machen und die Sachlage klären können.

Wie alle wünschen sie sich einen respektvollen und freundlichen Umgang, eine zügige Bearbeitung und eine zufriedenstellende Lösung.

Für die gute Verständigung zwischen Verwaltung und BürgerInnen mit Migrationshintergrund bedarf es MitarbeiterInnen, die sich der jeweiligen Situation ihres Gegenübers annehmen und das Gespräch so führen, dass Konflikte vermieden werden. Interkulturelle Kompetenz ist dabei ein wichtiger Baustein.

Interkulturelle Kompetenz ist durch Training erlernbar. Sie ist eine Fähigkeit, die insbesondere durch Erfahrungen erlernt wird. Im interkulturellen Training wird deshalb neben der Wissensvermittlung mit einer Vielzahl unterschiedlicher Übungen gegen Ausgrenzung und Diskriminierung gearbeitet, die die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zum Nachdenken bringen und zu eigenen Erkenntnissen führen. Hierbei wird den TeilnehmerInnen auch deutlich, welche Vorurteile das eigene Handeln prägen.

Mit diesem Bewusstsein werden Situationen plötzlich anders bewertet. In unserem Beispiel könnte die Sachbearbeiterin folgende Fragen stellen: Warum spricht die Frau nicht mit mir? Kann sie überhaupt die deutsche Sprache verstehen? Das kann sie durch die direkte

Ansprache ausprobieren. Dann kann sie auch akzeptieren, dass der Ehemann übersetzt oder eventuell einen Dolmetscher dazuholen. Andere Fragen sind z. B.: Ist es in ihrer Kultur üblich, dass der Ehemann die Verwaltungsangelegenheiten regelt? Wünscht sich die Frau, dass der Ehemann das Gespräch führt? Noch weitere andere Gründe sind denkbar.

Je nach Situation hätten dann verschiedene Verhaltensmöglichkeiten bestanden, und die Sachlage hätte zufriedenstellend geklärt werden können.

In den Jahren 2011 und 2012 sind 25 Kolleginnen und Kollegen für interkulturelles Training in der bremischen Verwaltung ausgebildet worden. Sie sollen ihr Wissen weitergeben. Dabei soll auf die Besonderheiten der jeweiligen Dienststellen Bezug genommen werden.

Migrationsgeschichte und Migrationserfahrungen sind in Bremen Normalität. Durch die vom Aus- und Fortbildungszentrum organisierten Schulungen kann dem Ziel der Teilhabe und Integration ein Stück näher gekommen werden.



Karen Vogel-Krawczyk



Ein Ziel der Fortbildung ist es, Verständnis zu schaffen für kulturelle Unterschiede und verschiedenartige Lebenswelten. Dazu ist es manchmal notwendig, „Brücken zu bauen“.

Datenerhebung

Die Senatorin für Finanzen will Ende 2012 alle Beschäftigten im bremischen öffentlichen Dienst online über ihre Herkunft befragen. Die Teilnahme ist freiwillig und anonym. Ziel ist es zu ermitteln, wie viele Beschäftigte einen Migrationshintergrund haben und wie viele nicht. Hierzu gibt es bisher keine Daten. Es wird davon ausgegangen, dass die Bevölkerungsgruppe mit Migrationshintergrund unter den Beschäftigten unterrepräsentiert ist. Unklar ist auch, in welche Bereiche und Laufbahnen sich die KollegInnen aufteilen. Der Schutz der persönlichen Daten ist sichergestellt.

Alle Jahre wieder

Bildungsproteste

Schon im zweiten Jahr gibt es große Protestaktionen von SchülerInnen, Eltern und PädagogInnen gegen Personalkürzungen an den Schulen. Vor diesen Sommerferien konnten die Schulleitungen das neue Schuljahr nicht planen. Viele Lehrkräfte gingen in den Ruhestand. Um den vorgeschriebenen Stundenplan abzudecken, fehlten die jungen Lehrkräfte. Für deren Einstellungen wurden im Haushalt keine Finanzmittel zur

einem offenen Brief an Bürgermeister Jens Böhrnsen begonnen, der sich selbst einschalten sollte. Herr Böhrnsen reagierte und bot den Dialog mit den Interessenvertretungen von Eltern, SchülerInnen, PädagogInnen und Schulleitungen an. Diese Gespräche wurden Anfang September geführt.

In den Ferien sind Einstellungen im Umfang von ca. 90 Stellen vorgenommen worden. Die restlichen 20 Stellen sollen



Verfügung gestellt.

An den Schulen regte sich der erste Protest. Die Bildungssektorin musste im Senat nachverhandeln. Dabei wurden 110 zusätzliche Stellen für Lehrkräfte genehmigt. Diese Stellen sollen durch Kürzungen im Jahr 2013 finanziert und dann auch wieder abgebaut werden. Vom Umfang her reichen die genehmigten 110 Stellen nicht aus, um den vorgeschriebenen Unterricht abzudecken. Die Schulen bekamen unbefriedigende Stellenzusagen. Die langen Verhandlungen hatten außerdem viel Zeit gekostet, so dass die Einstellungsverfahren erst zum Ferienbeginn durchgeführt wurden. Viele junge Lehrkräfte nahmen deshalb Angebote in anderen Bundesländern an.

Aus diesem Grunde gingen die betroffenen SchülerInnen, Eltern und PädagogInnen mit Demonstrationen auf die Straße. Der Personalrat Schulen organisierte innerhalb von 2 Tagen eine große Personalversammlung. Dort wurde eine Unterschriftensammlung unter

zum 1. November besetzt werden. Ein Lehrermangel ist durch die zu niedrige Einstellungsquote vorgegeben. Wenn die Stellen im nächsten Jahr wieder abgebaut und zusätzliche Kürzungen zur Gegenfinanzierung erfolgen, verschlechtert sich die Situation.

Alle Jahre wieder muss in den nächsten Jahren mit weiteren Protesten gerechnet werden, wenn die Ursachen nicht beseitigt werden:

Der Personalbestand reicht aufgrund der massiven Stellenstreichungen der letzten 20 Jahre für personalintensive Vorhaben wie Oberschulaufbau, Veränderungen der Oberstufen, Inklusion, Ganztagschule und Sprachförderung nicht aus. Anscheinend haben die Verantwortlichen keine Klarheit über die Kosten der angeschobenen Reformmaßnahmen. Notwendige Entscheidungen werden dann, wie in diesem Jahr, beim Einstellungsverfahren zu spät getroffen.

Es fehlen seitens der Bildungsbehörde transparente



und rechtzeitige Informationen. Damit haben die Betroffenen kaum Möglichkeiten, auf Fehler und Probleme früh hinzuweisen und bei Entscheidungen mitzuwirken.

Notwendig sind die Erhöhung des Bildungsetats sowie die demokratische Einbeziehung von Eltern, SchülerInnen und den in den Schulen Beschäftigten!



Harry Eisenach
Sprecher der Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Bremen

UMfairTEILEN - Reichtum besteuern

Aktionstag am 29.09.2012 in Bremen, 11 bis 14 Uhr, Marktplatz

Leere öffentliche Kassen treffen uns alle - Bürgerinnen und Bürger sowie Beschäftigte. Die Situation wird immer bedrohlicher: Für die Folgen der Finanzkrise sollen in ganz Europa die Menschen mit Lohn- und Sozialkürzungen bezahlen. Die Spekulanten an den Finanzmärkten hingegen lässt man gewähren. Ungeniert treiben sie ganze Staaten mit ihren Wucherzinsen immer weiter in die Schuldenfalle.

Auf der Strecke bleibt die Demokratie, wenn nur noch der Rotstift regiert. Zugleich wächst gerade in Deutschland die Kluft zwischen Reich und Arm rasant. Der soziale Zusammenhalt unserer Gesellschaft ist bedroht.

In **Bremen** sind die Einnahmen der öffentlichen Hand seit 1994 um 22 Prozent gesunken.

Gleichzeitig steigen die Bedarfe in wichtigen Teilbereichen des Haushalts wie Soziales, Bildung und Kultur. Das zeigt: Bremen hat ein Einnahmeproblem, kein Ausgabeproblem. Weitere Kürzungen sind keine Lösung, sie treffen uns alle.

Auf der anderen Seite wachsen die privaten Vermögen auch in Bremen immer weiter. Hier hat sich die Zahl der Einkommensmillionäre allein zwischen 2004 und 2007 auf mehr als 1400 verdoppelt mit einem Durchschnittseinkommen von 3,58 Mio. Euro/Jahr.

Es gibt einen Ausweg aus der Wirtschafts- und Finanzkrise: Umverteilung! Wir wollen nicht, dass die öffentlichen und sozialen Leistungen verschlechtert und die große Mehrheit der Bevölkerung höher belastet

werden. Stattdessen müssen übergroßer Reichtum und Finanzspekulation endlich besteuert und Steuerflucht und Steueroasen konsequent bekämpft werden. Es geht auch um geliebte Solidarität in unserer Gesellschaft.

Der Aufruf „UMfairTEILEN - Reichtum besteuern“ wird in Bremen unterstützt u.a. von den DGB-Gewerkschaften, Parteien, attac, Sozialverbänden, sozialen Initiativen sowie dem Gesamtpersonalrat Bremen.

In Bremen veranstaltet das lokale Bündnis am 29. September von 11 – 14 Uhr auf dem Bremer Marktplatz einen „Marktplatz des Umfairteilens“.



Verbesserung für Geringverdiener

Bremisches Landesmindestlohngesetz ab 1. September 2012 in Kraft

Menschen, die arbeiten, sollten von ihrer Arbeit selbstbestimmt leben können. Arbeit wird immer weiter entwertet. Löhne werden immer weiter unterboten, so dass viele Menschen ergänzendes Hartz IV beziehen müssen. In Bremen verdienen im Jahr 2010 rund 9 % der Beschäftigten in Betrieben mit über 10 MitarbeiterInnen weniger als 8,50 Euro in der Stunde. Mehrheitlich (zu 58 %) waren Frauen davon betroffen, die im Dienstleistungsbereich (Gesundheits- und Sozialwesen, Einzelhandel) arbeiten.

Es ist dringend erforderlich, dass dieser Entwicklung entgegengewirkt wird. Der vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) geforderte bundesweite, einheitliche gesetzliche Mindestlohn ist ein wichtiges Element in einer Politik für faire Arbeitsbedingungen. Er bildet eine Absicherung gegen Elendslöhne nach unten und ergänzt damit die Tarifpolitik. Er trägt dazu bei, dass die Menschen von ihrer Arbeit leben können.

Gleichzeitig kann er die Haushalte von Sozialausgaben nach dem SGB II entlasten. Er ist ein wichtiger Beitrag zu mehr sozialer Gerechtigkeit. Die schwarzgelbe Bundesregierung lehnt einen gesetzlichen einheitlichen Mindestlohn allerdings ab.

Die Bremische Bürgerschaft hat ein Mindestlohngesetz für Bremen beschlossen. Die Regelung gilt allerdings nur für alle Unternehmen, die mehrheitlich der öffentlichen Hand gehören oder öffentliche Aufträge oder Bürgschaften haben wollen. Auch Verbände und Vereine, die öffentliche Zuschüsse beantragen, müssen sich verpflichten, ihren Beschäftigten ein Entgelt von mindestens 8,50 €/Stunde zu bezahlen. Bremen betritt mit dieser Regelung Neuland, denn bislang gibt es nirgendwo in Deutschland ein Landesgesetz, das einen Mindestlohn derart fest schreibt. Damit werden ab 1. September 2012 in Bremen weitere Beschäftigtengruppen vor Lohndumping geschützt. Für die betroffenen Beschäf-

tigten bedeutet das eine unmittelbar wirkende materielle Verbesserung.

Bei der Anhörung zum Gesetzentwurf von SPD und Grünen im Mai 2012 war neben dem DGB Bremen, den Kammern, Verbänden und Parteien auch der Gesamtpersonalrat um eine Stellungnahme gebeten worden. Der DGB hat, ebenso wie der Gesamtpersonalrat, neben einigen konkreten Verbesserungsvorschlägen das Gesetzesvorhaben begrüßt.



Doris Hülsmeier

Sommer, Sonne, Strand, Geschenke

Die armen Reichen

Urlaubszeit. Entspannt liege ich am Ostseestrand und lasse mir eine frische Meeresbrise um die Nase wehen. Mir geht's so richtig gut. Viel besser als denen, über die die Illustrierte schreibt.



Burkhard Winsemann

Die armen Reichen und Schönen, die dazu verdammt sind, in der Gluthitze der Costa del Sol zu brutzeln. Die Fotos der Paparazzi beweisen, wie freudlos deren Leben ist: Schweißgebadet sitzen sie in Bars und müssen schon am hellichten Tag Cocktails schlürfen. Nur die robusten unter ihnen halten bis zum Nachtleben durch. Die anderen verkriechen sich in ihre persönlichen Immobilienblasen, wo sie sich vom Hauspersonal Luft zufächeln lassen.

werden! Das ist doch alles nur Neid!

Nur dann und wann huscht den armen Reichen ein Lächeln über das Gesicht, beim Blick auf den Kurszettel. Heute hat das Depot wieder um den Wert eines standesgemäßen Autos zugelegt, gestern war es sogar eine Villa in Hamburg-Pöseldorf. Geschenke aus Griechenland und Spanien. Dankeschön!



Für Kühlung sorgen ansonsten nur Tränen. Die fließen reichlich: Der Wind weht Rauchschwaden von brennenden Wäldern herüber. Die Regionalregierung kann nicht einmal mehr die Feuerwehrleute bezahlen, geschweige denn das Löschwasser.

Noch schlimmer ist allerdings, was man im Wirtschaftsteil der Zeitung zu lesen kriegt. Zum Beispiel, dass die Dividenden 2011 nur um magere 5,1 % gestiegen sind. Das ist ja kaum mehr als die Tarifabschlüsse der Beschäftigten. Der direkte Weg in die Verarmung wird auch durch den World Wealth Report bestätigt: Die Zahl der Milliardäre in Deutschland ist erneut gestiegen, auf beinahe eine Million. Man ist nicht mehr unter sich. Und dann immer wieder diese Forderungen, die Vermögenden sollten an den Kosten der Krisenbewältigung beteiligt

Vermögensabgabe verfassungsgemäß

Eine einmalige Vermögensabgabe, mit der die Reichen an den Kosten der Finanzkrise beteiligt werden, ist verfassungsgemäß. Das ergibt ein Gutachten des Rechtswissenschaftlers Prof. Dr. Joachim Wieland von der Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer, das im Auftrag von ver.di und der Hans-Böckler-Stiftung entstand.

Der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske begrüßt das. Es sei nur angemessen und gerecht, „wenn diejenigen, deren Vermögen im Zuge der Bankenrettung durch den Staat mit Steuergeld gesichert wurden, jetzt ihren Beitrag zum Abbau der Verschuldung leisten.“

Die von ver.di geforderte Millionärsabgabe würde die rund 780.000 reichsten BürgerInnen der Bundesrepublik betreffen, das eine Prozent der Bevölkerung, das ein Drittel des Nettovermögens besitzt. „Es sollten diejenigen für die Krise zahlen, die es sich leisten können – und nicht die Schwächsten“, so Frank Bsirske.